

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Verlag u. Verwaltung: Drag 11, Telčská 16 • Tel. 1: 26795, 31406, Nachred. (ab 11 Uhr): 33538 • Postfach: 57544

12. Jahrgang.

Sonntag, 5. Juni 1932

Nr. 133.

## Sammlungsversuche der Mittelparteien.

Die Auflösung des Reichstages stellt insbesondere die Mittelparteien, die bei den letzten Landtagswahlen nicht unbeträchtliche Verluste zu verzeichnen hatten, vor eine neue Situation. Wie in den Kreisen der Mittelparteien berichtet wird, sind ernsthafte Bestrebungen im Gange, um durch eine großzügige Sammlungsaktion auf vollständig neuer Grundlage zu versuchen, den politischen Einfluss des Bürgertums einigermaßen zu sichern. Die entscheidenden Verhandlungen über diese Sammlung sollen bereits in der nächsten Woche aufgenommen werden. Von besonderem Interesse erscheint in diesem Zusammenhang, daß diesmal auch die Staatspartei, die sich bei den letzten Preußenwahlen von jeder Sammelaktion ferngehalten hat, sich nunmehr für eine solche ausgesprochen hat. Die Parteien werden schon zu Beginn der nächsten Woche zur neuen Situation Stellung nehmen.

## Kurswechsel bei der „Germania.“

Berlin, 4. Juni. Wie die Verlagsleitung der „Germania“ mitteilt, tritt mit Rücksicht auf die politischen Vorgänge der letzten Tage Chefredakteur Emil Ritter von der redaktionellen Leitung des Zentralorgans der Zentrumspartei „Germania“ zurück, dessen Aktienmehrheit bekanntlich im Besitz des neuen Reichskanzlers ist.

## Hakenkreuz-Theater in Linz.

Riesige Gegenkundgebungen der Sozialdemokratie.

Linz, 4. Juni. (Eigenbericht.) Für morgen haben die Hakenkreuzler in Linz einen Gausummertag angekündigt, zu dem große Vorbereitungen getroffen wurden. Schon für heute abends waren zwei große Hakenkreuzversammlungen einberufen. Als Antwort haben aber auch die Sozialdemokraten eine Rieserversammlung einberufen. Die Hakenkreuzler hatten großsprecherisch angekündigt, daß 20.000 Fremde kommen würden, und hatten auch von Hunderten von Automobilen geredet. In Wirklichkeit sind bis jetzt aus Deutschland zweihundert Hakenkreuzler gekommen. Aus Böhmen allein waren zweihundert angefragt, in Wirklichkeit ist ein knappes Duzend gekommen.

Um 8 Uhr begannen die beiden nationalsozialistischen Versammlungen, in denen aus Deutschland Göring und General von Epp sprachen.

Zu gleicher Zeit fand die sozialdemokratische Versammlung statt, die zu einer Riesenkundgebung gegen den Faschismus wurde. Der riesige Versammlungssaal, der an dreizehntausend Menschen faßt, war gefüllt voll. Es sprachen Genossen aus Wien und der Linzer Abgeordnete Dr. Kothek. Die Behörden hatten angeordnet, daß die Hakenkreuzversammlungen schon zu Ende sein müßten, bevor die sozialdemokratischen Versammlungsteilnehmer auseinandergehen. Bis gegen 11 Uhr nachts war es noch zu keinem Zwischenfall gekommen. Uebrigens hatten die Behörden vor Beginn der Versammlungen alle Versammlungsorte genau mit Waffen durchsucht. Für morgen wurden ebenfalls umfassende Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

## Die unerfülllichen Gläubiger.

Forderungen der Kreditanstalt-Gläubiger abgelehnt.

Wien, 4. Juni. Die Gläubiger der Kreditanstalt wurden in einer gestern im Finanzministerium abgehaltenen Besprechung von der Ablehnung ihrer Vorschläge durch die österreichische Bundesregierung verständigt, da die feste Absicht besteht, das Kreditanstaltsproblem endgültig einer Lösung zuzuführen. Die nächste Sitzung wurde für die Mitte der kommenden Woche bereits angesetzt.

## Doch eine Anleihe für Oesterreich?

Wien, 4. Juni. Die gestrigen und heutigen Nachrichten der Wiener Blätter über die österreichischen Kreditverhandlungen in Paris lauten bereits optimistischer. Einige Konferenzteilnehmer sind mit Deputierten, die in dem neuen Kabinett Herrlots eine wichtige Rolle spielen, in Fühlung getreten und haben angeblich den Eindruck gewonnen, daß eine Anleihe für Oesterreich wahrscheinlich nicht auf den Widerstand der Regierung Herrlot stoßen werde.

## Die Maske fällt:

# Rechtsregierung verwirft Sozialpolitik

## Der Staat keine „Wohlfahrtsanstalt“ Gegen „Kultur bolschewismus“ — für christliche Weltanschauung

Berlin, 4. Juni. Die Reichsregierung läßt heute durch die Presse ihre Regierungserklärung veröffentlichen. Die verächtliche Neuerung über die „Wohlfahrtsanstalt“, zu der die Nachkriegsregierungen den Staat angeblich zu machen versucht hätten, die Wendung von dem „Kultur bolschewismus“ und von der „Zerfurchung des öffentlichen Lebens durch atheistisch-marxistisches Denken“ und die Phrase von der schweren Verantwortung vor Gott und der Nation lassen klar den Kurs erkennen, den die neue Regierung einzuschlagen beabsichtigt, wenn sie es auch im übrigen vorzieht, „keine Versprechungen zu machen“, das heißt jeder Konkretisierung ihres Programmes bedachtig aus dem Wege geht.

Noch ein paar einleitenden Phrasen über die weltlichen Voraussetzungen der Zusammenfassung aller nationalen Kräfte wird die Schuld an der heutigen Lage dem Verfall der Verträge, den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und der „Wirtschaft der Weltwirtschaftsminister“ zugeschrieben.

Die Nachkriegsregierungen hätten gesündigt, durch einen sich ständig neigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmers wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können.

Sie hätten den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie hätten ihn Aufgaben gestellt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen könne. Gerade hierdurch sei die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Vermahnung des deutschen Volkes, verschärft durch den „unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf“ und vergrößert durch den „Kultur bolschewismus“, der wie ein freßendes Gift die besten stiftlichen Grundlagen der Nation zu vernichten drohe, müsse in letzter Stunde Einhalt geboten werden. In tiefster schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die „Zerfurchung atheistisch-marxistisches Denkens“ eindringenden, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht morgen früh Erklärungen von Breitscheid, Loebe und Weis als Antwort auf die Proklamation der Regierung.

Otto Weis, der Vorsitzende der SPD, sagt darin u. a.:

Diese Regierungserklärung ist zwar kein Programm, sondern ein Sammelmarin von staatsmännischen Schlagworten, die selbst ein deutlicher nationalsozialistischer Diskussionsredner in einer Vorversammlung nicht vorzubringen wagen würde. Es handle sich darum, mit Hilfe der Hitlerbewegung die Junkerherrschaft

zu beseitigen, welche Kräfte gewillt seien, das neue Deutschland auf der Grundlage der unbedingten Grundzüge der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation die Leitung der Geschicke des Landes übernehme, sei tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und nächsten Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, sei die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen zu erlassen!

Im übrigen mache die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie werde handeln und man solle sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf außenpolitischem Gebiet wird dann weiters hohe Gleichberechtigung, politische Freiheit und wirtschaftliche Geländung als Ziel hingestellt. Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Vertretung der nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gebe, sei die Herbeiführung der innerpolitischen Klarheit. Die Nation werde deshalb in den Wahlen vor die klare und einseitige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt sei.

wieder herzustellen und der Monarchie den Boden zu ebnen. Zum Schluß sagt Weis: Das Adelskabinett verlangt innerpolitische Klarheit. Es soll sie haben. Das werktätige Volk nimmt den Kampf an!

Nicht weniger scharf äußert sich das Organ Siegerswalds „Der Deutsche“. Es nennt diese Kundgebung der Regierung eine Ohrfeige für die Arbeitslosen und knüpft an die Behauptung des Manifestes, daß die Sozialpolitik das Reich zermürbt habe, die Frage, ob das Reich etwa durch Not und Elend gestärkt worden wäre.

## Zwangsarbeit für Arbeitslose

Wie die neue Regierung die Wendung in ihrer Proklamation, daß der Staat keine Wohlfahrtsanstalt sei, wahr zu machen gedenkt, geht aus der sicheren Meldung hervor, daß sie beabsichtigt, Arbeitslose zu Bataillonen zu formieren, diese zu kasernieren und gegen ein geringes Taschengeld Zwangsarbeit leisten zu lassen, die als „freiwilliger Arbeitsdienst“ auszuweisen werden soll.

## Die Presseknobelung beginnt

Die Regierung hat heute zugleich mit ihrer Proklamation den Zeitungen auch die Verständigung zukommen lassen, daß alle weiteren Veröffentlichungen über die Washingtoner Affäre des Herrn von Papen sowie jede Mitteilung von Gerüchten über die Pläne, den Kronprinzen als Reichsverweser einzusetzen, durch schärfste Maßnahmen verhindert werden würden.

## Reichstagsauflösung erfolgt

Berlin, 4. Juni. Das Auflösungsdekret des Reichstages ist dem Reichstagspräsidenten Loebe um ein Uhr mittags zugestellt worden. Es hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da nach den Ergebnissen der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen in die Landtage der deutschen Länder die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstages dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.

Der Reichspräsident: von Hindenburg.

Der Reichstag ist damit aufgelöst. Der Termin für die neuen Reichstagswahlen ist, wie das Conti-Büro meldet, noch nicht festgestellt.

Das Kabinett der Monatel hat sich nicht erst der Volksvertretung gestellt, von der es ohnehin sofort gestürzt worden wäre. Dieser Reichstag war ihm zu sehr ein Bödelparlament. Im kommenden werden, so rechnen die Machthaber von heute, noch mehr Vertreter der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter“-Partei, also noch mehr Kranjunker und faulerische Offiziere sitzen.

Das Kabinett des Herrn von Papen wird also die Wahl machen. Es wird wie es scheint alles versuchen, um das im wahren Sinne des Wortes zu tun. Der Kaufpreis, den Hitler forderte, nämlich die Wiederbewilligung der aufgelösten SA, wird gezahlt werden. Die Monatelregierung zahlt ihn gern, weil sie von dem Eingreifen der SA, die ihre Terrormethoden in der geänderten politischen Situation erst recht entfalten wird, eine ihren Wünschen entsprechende Wahlbeeinflussung erwarten darf. Allerdings soll die SA in anderer Form wiedererzehen: man will sie unter die Aufsicht der Reichswehr stellen. „Erüchtigung der Wehrhaftigkeit“ nennt man das.

Es geht bei diesem Wahlkampf um mehr als um die Frage, wer in den nächsten Jahren Deutschland regieren soll. Dieser Kampf wird ausgefochten um den Bestand der Deutschen Republik, um die Erhaltung der Demokratie. Unter Führung der demokratischen Einrichtungen haben sich vorläufig die historische und die faschistische Reaktion zum Kampfe gegen sie verbündet. Aber das Wahlergebnis wird, selbst wenn es den Wünschen der Monatelente und ihres Hitler entsprechen sollte, nicht jene Klarheit herbeiführen, die sich die Gefolgschaft der Nazis erhofft: es wird die Plattschiff schaffen, auf der sich die Auseinandersetzung zwischen der historischen und der faschistischen Reaktion abspielen wird, der Kampf zwischen den Prinzen und Generalen auf der einen und den Hitlerleuten auf der anderen Seite, die sich bis nun für klüger hielten als die Schleicher, von denen sie in Wirklichkeit vor den Karren der Junker und der Prinzen, vor den Karren der monarchistischen Reaktion gespannt wurden.

Denn die Herren Generale, die die Kandidatenlisten Hitlers zu zieren geruben, die Prinzen, die sich herbeilassen, für die Arbeiterpartei des Fremdenverderbers Keines zu werden — sie tun das wahrhaftig nicht um der schönen Augen Hitlers und noch weniger um des deutschen Volkes willen. Jene Arbeiterpartei ist den Prinzen und Generalen ebenso Mittel zum Zweck, wie ihnen die Bedrückung und die Armut des Volkes Grundlage ihrer Herrlichkeit und ihres Wohlstandes gewesen ist. Dem deutschen Volk werden, wenn es die Prinzen des Herrn Hitler wählt, ob der Folgen die Augen übergehen und Herr Hitler, der so lange schon nach der Macht giert, wird vielleicht gar nicht dazu kommen, den Arm nach ihr auszustrecken. Seine SA-Landsknechte werden in den neuen Formationen des Herrn Schleicher den Willen derer tun, die sie bezahlen und es ist nicht unwahrscheinlich, daß Herr Hitler die Mittel fehlen werden, die er zum Anhalten seiner Privatarmee bis jetzt von den Industriellen bekam. Die Kreise um die Herren Schleicher und Papen garantieren doch viel besser die Durchsetzung der Unternehmerwünsche als die mit — wenn auch falschen — sozialen Programmforderungen belastete NSDAP. Es ist ja die Gefahr vorhanden, daß die Massen von einem zur Macht gekommenen Hitler das Erfüllen seiner Versprechungen fordern könnten und daß er ihnen Konzeptionen mache, um sich an der Macht zu halten. Wie peinlich ist diese bloße Möglichkeit für die Herren Thyssen und Böglers...









